

Disput zur Windkraft: „Haltern ist kein Königreich“

WGH zieht sich mit Positionspapier Zorn zu

HALTERN. Bei aller Langatmigkeit barg die gemeinsame Sitzung von Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss kurzzeitig gehörig Zündstoff. Der entlud sich bei der Windkraft. Geballte Empörung von Verwaltung und Parteien schlug der Wählergemeinschaft entgegen.

Auslöser war die Verlesung eines Positionspapiers. „Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere touristische Zukunft durch den sinnlosen Bau von Windkraftanlagen aufs Spiel gesetzt wird“, erläuterte Detlef Berkels, warum die Wählergemeinschaft bei der Ausweisung von Windvorrangzonen nicht in „Jubelstürme“ ausbreche. Mit Vorwürfen wie, die Verwaltung habe das Verfahren verschleppt und stichhaltige Bedenken von Bürgern und Fachleuten in den Wind geschlagen, sowie seiner Meinung, Haltern hätte ganz auf die Ausweisung von Vorrangzonen verzichten müssen, zog er sich den Zorn zu. „Ungeheuerlich“ und „unverschämt“ nannten Grüne und CDU die Ausführungen. Rechtsrat Matthias Steck ärgerte sich: „Ich habe sie hoffentlich gerade falsch verstanden. Wir tricksen nicht. Vor keinem Gericht der Welt hätte Haltern eine Chance,

Windkraft komplett auszuschließen.“ CDU und Grüne warfen Berkels Populismus vor. Manfred Ernst (CDU): „Wir leben nicht in einem Königreich, sondern in einer Kommune, die eingebunden ist in ein Rechtssystem.“

Kritik an Verkleinerung

Die Wählergemeinschaft stimmte dennoch – wie CDU, SPD und FDP – dafür, das Verfahren fortzuführen. Die Grünen enthielten sich. Michael Zimmermann kritisierte die Reduzierung der Windvorrangzonen von anfangs 300 auf nun 67 Hektar und die Streichung der Windvorrangzone in Hullern. Das Projekt 2Stromland sei als Argumentationshilfe missbraucht worden. Olfen als beteiligte Kommune stelle hingegen den Windpark mit 12 zum Teil 200 Meter hohen Windrädern als wesentlichen Baustein des Projektes dar.

Wolfgang Kaiser (SPD) nannte es einen Wehrmutstropfen, dass überwiegend private Investoren von der Windenergie profitieren. „Ich hätte mir ein stärkeres Engagement der Stadt gewünscht.“ esc